

Ausgabe 19/11

30.09.11

Guten Tag!

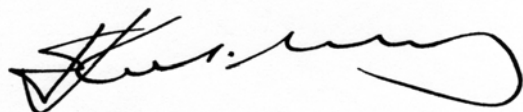
Viel wird über das geschrieben, was Politiker willig vor jedem Mikrofon und bei jedem Interview sagen, um ihre Popularität zu erhöhen. Über die Substanz der Äußerungen darf man meist nicht nachdenken. Wichtiger ist, was sie nicht sagen. Das zeigt die Diskussion um den Rettungsschirm für Euro-Länder, der aktuell Griechenland retten soll.

Aber wer rettet uns, falls alle Hilfen für Griechenland nicht fruchten? Mit der Abstimmung über den Rettungsschirm im Parlament ist ein Haftungsrisiko für Deutschland in Höhe von 465 Milliarden Euro entstanden. Dabei haben wir selbst bereits Staatsschulden von 83 Prozent gemessen am Bruttoinlandsprodukt. Vor allem aber hat die Bundesregierung nur Einnahmen von circa 280 Milliarden Euro, die hinten und vorne nicht reichen. Schließlich müssen von dem Geld dieses Jahr 40 Milliarden Euro Zinsen bezahlt werden. Das gelingt nur, weil das Finanzministerium 40 Milliarden Euro neue Schulden gemacht hat.

Geplant ist von der Regierung eine Schuldenbremse; doch wenn man sich die obigen Zahlen ansieht, fragt man sich, ob wir auf gut Deutsch veräppelt werden. Wir haben nicht einmal Geld für den Staatshaushalt, aber können ja ruhig noch für die Schulden anderer Länder haften.

Daß die positive Wirtschaftsentwicklung in Deutschland den Höhepunkt überschritten hat, das signalisiert nicht zuletzt der Ifo-Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft. Der hat im September wiederum nachgegeben. Die Erwartungen der Unternehmen hinsichtlich des Geschäftsverlaufs im kommenden Jahr haben sich weiterhin beträchtlich eingetrübt. Allerdings wird die gegenwärtige Lage immer noch gut beurteilt.

Daß der Euro-Wahn unter Rettungsschirmen endlich gestoppt wird, das hofft für uns alle
Ihr



Dr. Horst Kerlikowsky

PS: Wenn Sie Ihre Meinung zu Themen in ETAGE MediaSelection oder zu anderen Bereichen äußern möchten, können Sie das auf der Leser-FORUM-Seite im Internet, unter Ihrem Namen oder anonym, tun. Gehen Sie im Internet auf www.etage-info.de/forum

Sie finden unter anderen folgende Themen in dieser Ausgabe:

Eurokrise: Auf der BDI-Jahrestagung präsentierte sich Griechenlands Ministerpräsident **Papandreou** eloquent und optimistisch; doch die Fakten sprechen dagegen (S.1)

EU: Exportieren Mitgliedsländer zuviel, sollen sie nach einer EU-Vorlage mit Sanktionen gebremst werden. Das trifft natürlich hauptsächlich Deutschland (S.2)

Sie finden im Internet neue Lesermeinungen in den Rubriken „Wirtschaft+Geld“ sowie Kunst+Geld